

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesner  
Jahrgang Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptzollamts Meißen.

Postkassens: Dresden 1550  
Strotzke Riesner Nr. 52.

Nr. 67.

Freitag, 20. März 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Agenten. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Summe des Verkäufers sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreise für die 8. von rechts, 3. von oben: 1. Zeile 6 Silben, 25 Gold-Pfennige, die 2. von rechts 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Nachschlag, feste Tarife, Kammliter Rahat, nicht, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Zeitliche Unterhaltungsbeiträge, Ergänzungen an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — strieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsbehörden — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesner. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesner; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesner.

## Die Präsidentschaftskandidaten.

(Berlin. Amtlich.) Die auf Grund der Wahlvorschlüsse für den ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl zugelassenen Kandidaten, deren Namen auf dem amtlichen Wahlzettel vorgebracht sind, sind folgende:  
1. Otto Braun, preussischer Ministerpräsident a. D., Berlin.  
2. Dr. Heinrich Held, bayerischer Ministerpräsident, München.  
3. Dr. Wilhelm Dethlefs, badischer Staatspräsident, Karlsruhe.  
4. Dr. Karl Jarres, Reichsminister a. D., Oberbürgermeister, Duisburg.  
5. Erich Ludendorff, General d. Inf. a. D., München.  
6. Wilhelm Marx, Reichskanzler a. D., Berlin.  
7. Ernst Thälmann, Transportarbeiter und M.D.R., Berlin.

## Ein neues Stadium in der Sicherheitsfrage.

RD. Berlin, 20. März. Seit Sonnabend voriger Woche steht die Reichsregierung wieder einmal in ständigen diplomatischen Unterhandlungen mit London und Paris über die Frage eines deutschen Anabots im Sicherheitsproblem. Man weiß, daß sich die Zusammenkunft zwischen dem englischen Außenminister Chamberlain und dem französischen Ministerpräsidenten Herriot fast ausschließlich um die von der deutschen Regierung schon vor mehreren Wochen gegebene Anregung dreht hat, und daß neuerdings der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eine außerordentlich wichtige Rolle bei allen Erwägungen der alliierten Regierungen spielt. Wie jetzt in Berlin bekannt wird, wird von der deutschen Regierung gefordert, daß sie ihrem Angebot eine veränderte Form gibt und sich gleichzeitig hinsichtlich der Stellung eines Zulassungsausschusses an den Völkerbund festlegen soll. Diese ganz neue Wendung der Dinge hat die Entscheidung der Reichsregierung außerordentlich erleichtert, indem der Außenminister Dr. Stresemann gezwungen wurde, die von ihm beabsichtigten Erklärungen vor dem Reichstag vorläufig zu unterlassen.

Nunmehr wird bekannt, daß der englische Botschafter in Berlin, Lord D'Abernon, vor wenigen Tagen eine sehr wichtige Unterredung mit Minister Stresemann und dem Reichskanzler Dr. Luther hatte. Der englische Botschafter hat, wenn auch inoffiziell, der deutschen Regierung den Rat gegeben, ihre bisherigen Anregungen zu erwidern, auf die Note des Völkerbundes mit größter Beschleunigung zu antworten und namentlich in der Frage der deutschen Übergangsmaßnahmen sehr wenig zu machen. Wir glauben zu wissen, daß die Reichsregierung über die Vorschläge Lord D'Abernons sehr wenig erkrankt ist und daß sie die jetzt gedachte Situation äußerst kritisch beurteilt. Im Zusammenhang mit den englischen diplomatischen Sondierungen scheint die neuerlich in England verbreitete Auffassung zu bestehen, wonach es sich jetzt herausgestellt haben soll, daß die Regierung der deutschen Regierung zum Abschluß eines Sicherheitspaktes sich bereit abgefunden haben soll. Die deutsche Regierung soll danach sogar die Absicht haben, hinsichtlich ihrer Anregungen einen Zurückzieher zu machen und die Sicherheitsfrage nur noch bilaterale zu behandeln. Hierzu erfahren wir aus maßgebenden Kreisen des Berliner Auswärtigen Amtes, daß diese englischen Vorschläge geradezu ungeheuerlich sind. Die Reichsregierung hält unbedingt an ihren Auffassungen zu der Sicherheitsfrage fest und ist nach wie vor entschlossen, entscheidende Schritte zu tun, um die Lösung dieses wichtigen Problems zu fördern. In dieser Hinsicht kann niemals eine Rede davon sein, daß Deutschland etwa seine Anregungen zurückziehen wolle. Auf der anderen Seite scheinen die englischen Diplomaten ganz zu übersehen, daß das Dineinleben der Völkerbundsfrage und der Vorschlag einer Teilnahme Volens und der Sicherheitspaktes an dem Sicherheitspakt absolut nicht geeignet sind, die in Deutschland zweifellos bestehenden Bedenken zu zerstreuen, und daß im Gegenteil die Lage der Reichsregierung dadurch außerordentlich erschwert worden ist. Gewiß ist es richtig, daß man in Deutschland keine Begeisterung für irgendwelche Garantienabmachungen hegt und lediglich ernste politische Momente die Reichsregierung dazu bestimmen haben, ihre Mitwirkung bei der Sicherheitsfrage in Aussicht zu stellen. Die Bemühungen der Reichsregierung werden aber in keiner Weise dadurch gefördert, daß man Deutschland Bedingungen stellt, die nach Lage der Dinge ganz unerträglich erscheinen müssen. Nach dem augenblicklichen Stand der Beratungen glauben wir mitteilen zu können, daß z. B. bei der Reichsregierung ernste Bedenken dagegen bestehen, den deutschen Standpunkt im Sinne der Forderungen der Alliierten zu ändern und etwa ein völlig neues Angebot in der Sicherheitsfrage zu machen.

## Belgische Kriegsgerichtsurteile gegen deutsche Offiziere.

Brüssel. (Funkdruck.) Das Kriegsgericht von Namur verurteilte den Hauptmann Schulze und den Leutnant Koffend vom 181. Infanterieregiment zum Tode, weil sie 15 Zivilpersonen getötet und 14 Häuser in Vaulort verbrannt haben sollen. Der Leutnant Koffend und der Leutnant Korn vom 10. Infanterieregiment, die angeklagt waren, 21 Häuser in Selenne in Brand gesetzt zu haben, wurden freigesprochen.

## Steuerfragen und Beamtenpolitik im Landtage.

Ministerpräsident Heldt rechnet mit Viebmann ab.

11. Dresden, 19. März 1925.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangt Abg. Renner (Komm.), daß der Landtag eine Erwerbssteuer für die am 1. März in Halle erschienenen Arbeiter veranlasse und die Sitzung bis 3 Uhr unterbreche. Der Antrag wird abgelehnt.

Den ersten Punkt der Beratung bildet die Vorlage über die vorläufige Steuererhebung der

### Gewerbesteuer und Grundsteuer,

sowie über einen hierzu vorliegenden deutschnationalen Antrag.

Finanzminister Dr. Reinhold:

Es müßten erst die Steuererträge des Reiches abgemindert werden, ehe sich feststellen läßt, was man aus der tatsächlichen Veränderung an Realsteuern herausbringen würde. Deshalb müßte durch die Vorlage die provisorische Fortsetzung der bisherigen Steuern gefordert werden. Es war unmöglich, die Arbeitsgeberabgabe schon vom 1. April ab vorfallen zu lassen, da dadurch besonders die Gemeindefinanzen betroffen worden wären. Es soll aber wie bisher diese Abgabe, wo es sich als notwendig erweist, verfrist einbezogen werden. Ausdrücklich möchte ich feststellen, daß es sich nur um Vorauszahlungen handelt. Ich werde alles daran setzen, daß so bald als möglich die endgültigen Steuererträge herauskommen. Dann werden die Vorauszahlungen voll ausgerechnet werden. Es wird auch dem Gedanken Rechnung getragen werden, daß der Hausbesitz nur durch die Mietzinssteuer und Wandel nur durch die Gewerbesteuer und die Landwirtschaft nur durch die Grundsteuer getroffen wird. Vorauszahlungen, die z. B. die Landwirtschaft auf Gewerbesteuer oder Arbeitsgeberabgabe geleistet hat, werden ihr später als Vorauszahlung jurisdiktorisch.

Abg. Berg (Dnat.) bedauert, daß man in Sachsen aus der Vorläufigkeit der Steuerzahlung nicht herauskomme. Man solle aber wenigstens den Nut haben, die als falsch erkannten Steuern endlich fallen zu lassen, besonders die Arbeitsgeberabgabe. Die Staatsbetriebe zahlten diese Steuern nicht. Wenn es wie bisher weitergehe, dann werde es in 5 Jahren überhaupt keine Privats, sondern nur noch Staatsbetriebe geben. Wer solle dann die Steuern zahlen? Hirschfeld allein müßte eigentlich 30000 Mark allein an Arbeitsgeberabgabe entrichten und mit den anderen Steuern etwa eine halbe Mill. Mark. Diese von den Staatsbetrieben nicht erhobenen Steuern würden entweder zur Erweiterung der Betriebe oder zur Lohnsteigerung verwendet. Dem könnte die Privatindustrie nicht folgen und sie sei schließlich gezwungen, die Preise zu steigern. Redner beantragt, die Arbeitsgeberabgabe am 1. April fallen zu lassen und die Konsumvereine auch zu befreien.

Finanzminister Dr. Reinhold:

weil die Annahme des Vordruckes zurück, daß es sich um eine Vermeidung der Privatindustrie handle. Noch kein Privatbetrieb sei durch Staatsbetriebe ruinert oder aufgelassen worden, es bestehe auch keine Absicht, das zu tun. Freilich müßten, wie es auch bei der Einführung der Eisenbahn geschah, die privaten Verdienstinteressen schwächen, wo es sich um die Erreichung großer Ziele handelt. Wasserwirtschaft und Elektrizitätsversorgung seien die einzigen Großbetriebe des Staates. Sie dienen aber dazu, die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie zu erhöhen. Er werde alles tun, um unsere blühende Industrie zu erhalten und weiter zu fördern.

Abg. Rehrig (Linksos.) erklärt, für seine politischen Freunde sei die Vorlage unannehmbar. Die hier vorgeschlagenen Steuererhöhungen hätten nur zur Folge, daß andere, die arbeitende Bevölkerung belastende Abgaben erhoben werden müßten, wie z. B. die Lohnsteuer.

Abg. Dr. Tross (Dnat.) begründet einen Antrag seiner Partei, die Vorlage dahin abzuändern, daß die Gewerbesteuer für die Landwirtschaft mit dem 31. März wegfällt und Grundsteuern von den Landwirten bis zur Regelung durch ein neues Grundsteuer- oder Grundwertsteuergesetz nach folgenden Grundätzen erhoben werden: Als Grundlage dient der Vermögenssteuervergleich für 1924. Der darin errechnete Vermögenssteuervergleich ermäßigt sich um 15 Prozent Abschlag für die Gebäude und 25 Prozent Abschlag für das Betriebskapital. Von dem so erst errechneten Grundwertwert ist auf das Jahr 1% v. T. als Grundsteuer zu entrichten. Gemeindegeldzuschläge werden nicht erhoben. Redner bemerkt, die landwirtschaftlichen Staatsbetriebe erhielten eine Liebesgabe von 200 Mark pro Hektar. Auch der sächsische Hausbesitz befindet sich in Notlage. Deshalb stelle seine Partei auch einen ähnlichen Antrag für den Hausbesitz.

Abg. Lippe (Dnat.) betont, daß die Enttäuschung weiter Kreise über die Vorlage groß sei. Die Arbeitsgeberabgabe sei eine unsoziale Belastung des Arbeitslohnes; sie müsse abgeändert werden. Seine Freunde seien aber von der Notwendigkeit einer Zwischenlösung in der vorgeschlagenen Weise überzeugt und würden ihre endgültige Stellungnahme sich vorbehalten.

Abg. Dr. Kähler (Dem.) bezeichnete die Vorlage als sehr geeignet für die notwendige steuerliche Zwischenregelung. Zu den Anträgen bemerkt er, daß kein Stand steuerlich bevorzugt werden dürfe.

Abg. Renner (Komm.) lehnt die Vorlage ab.  
Abg. Bethke (Zp.): Der Staat befindet sich in einer Zwangslage, deshalb würden seine Freunde der Vorlage zustimmen. Es werde aber ermitlich zu prüfen sein, ob das Verlangen der Regierung allenthalben tragbar sei. Die deutschnationalen Anträge seien unannehmbar.

Die Vorlage wird schließlich an den Rechtsausschuß verwiesen.

Es folgt die Beratung über den Antrag Hart (Zp.) und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nach Art. 21 der Verfassung wegen der von der gegenwärtigen Regierung verfügten

### Entlassungen und Verletzungen von Beamten.

Abg. Viebmann (Linksos.) begründet den Antrag. Er behauptet, die Entlassungen hätten die Verwaltung ungünstig beeinflusst. Die Sozialisten habe die jähren Anfänge der Demokratisierung möglichst rasch wieder befeitigen wollen. Zunächst sei es darauf angekommen, den Verwaltungsapparat zu beherrschen. Nicht rechts seien die reaktionärsten Beamten entlassen worden. An die Parteiführer seien verwandte und bekannte Leute gedrückt worden. (Zuruf: Bei Ihnen war das anders?) (Widerruf: Redner schließt die bekannten Einzelfälle im Rechte seiner Partei an.)

Ministerpräsident Heldt: Ich sehe den Beschlüssen des Landtages mit aller Ruhe entgegen. Wenn Sie den Antrag Viebmann beraten werden, werden Sie auch nach den Ursachen forschen müssen, die zu meinen Maßnahmen geführt haben, und da werden Sie auf eine Zeit kommen, für die die gegenwärtige Regierung nicht verantwortlich ist. Deshalb bitte ich, den gestellten Antrag dahin zu erweitern, daß Gegenstand der Untersuchung auch die Vorgänge in der Beamtenpolitik vom 21. März 1925 sein sollen. Dann werden Sie unsere Maßnahmen völlig begreiflich finden und sie billigen. Verwahrung lege ich dagegen ein, daß Abg. Viebmann sich erlaubt, der gegenwärtigen Regierung Verletzung des Reichs- und Landesvertrauens vorzumischen. Er hat auch nicht den Schatten eines Beweises für seine Behauptungen erbringen können. So traurig, wie es unter der Ministerialpolitik Viebmanns war, ist es noch nie gewesen. (Stürmische Linke, heulende Zurufe und Ordnungsrufe des Präsidenten.) Das Schicksal der Beamten selbst berührt Herrn Viebmann nicht, er bemüht die Beamten nur, um gegen die Regierung anzukämpfen zu können und auf diesem Wege einen Mitspracheantrag zu erreichen. Gegenüber den Darlegungen Viebmanns stelle ich fest, daß es in der parlamentarischen Geschichte noch niemals eine Regierung gegeben hat, die von einem Teil der Beamtenwelt tagtäglich beehrt mit Schimpf beworfen wird, wie es jetzt unter dem hinterhältigen Treiben gewisser Leute geschieht. Der Minister des Innern Müller ist tüchtig in einer Beamtenversammlung für einen Lump und Schuft erklärt worden. (Erregung im ganzen Hause.) Wie soll auf diese Weise eine Staatsverwaltung zusammengehalten werden? (Zuruf: Sehr richtig!) Es ist jenseit gekommen, daß ein Beamter, der erkrankt ist, weil er nicht auf Grund seines niedrigen Parteilobes sofort Minister wird, sich hinter eine Partei deckt und gegen die Regierung vorgeht. Wenn man einem solchen Zustande ein Jahr lang zusieht, dann muß es einem gekratet sein, sich dagegen zu wehren. (Zuruf: Edel raus! Freibeit!) (Ordnungsruf!) Der Ministerpräsident geht dann auf Einzelfälle ein und schließt: Hätte die Regierung unter Viebmann aus dem Staatsapparat nicht in einer solchen Verwahrlosung hinterlassen, dann wären meine Maßnahmen nicht notwendig gewesen.

Abg. Noack (DVP.) begründet den Antrag seiner Partei auf Errichtung einer Landeswohnungsbank und Personalverbindung zwischen Landeswohnungsamt und Landesbauhilfsgesellschaft.

Arbeitsminister Glauer:

Der Entwurf zur Hebung des Mietzinsenergiegesetzes liegt bereits dem Gesamtministerium zur Begutachtung vor. Mit Rücksicht auf die beim Reichsministerium stehenden Verhandlungen ist der Entwurf einweilen zurückgestellt worden. Die Regierung ist nicht abgeneigt, zur Förderung des Wohnungsbaues Mittel bereitzustellen. Von der Regierung ist der Preisgestaltung auf dem Baustoffmarkt dauernde Aufmerksamkeit gewidmet worden. Die Stiegelkonvention wurde gewarnt, die jegliche Knappheit auf dem Stiegelmarkt auszunutzen, da sonst Zwangsmaßnahmen vom Reich gefordert werden müßten.

Zum Antrag Noack bemerkt der Minister, die Regierung habe nicht die Absicht, die Mittel des Landes zusammenzusetzen, um sie von einer Zentralfstelle aus zu verteilen. Wenn die Wohnungsbaubank auch Staatssteuer werde, solle den Gemeinden doch die Verteilung der Mittel überlassen bleiben. Eine Reichsregelung würde Schaden nicht bringen. Es solle eine Landesstatistik aufgenommen werden, um ein Wohnungsbauprogramm aufstellen zu können.

Abends 7 Uhr werden die Verhandlungen abgebrochen  
Fortsetzung, Dienstag, dem 24. März.